



Freitag, 21. März 1975

Blatt 719

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Der "Maulwurf" am Ziel
Start für neues Naturschutzgesetz

Lokal:
(orange)

Neuregelung für Monatskarten der Verkehrsbetriebe
U-Bahn-Publikumsfahrten von 13 bis 17 Uhr
Elterntrainingskurs abgeschlossen
Brigittenau: Jubiläumsfahrt der Dampftramway
Tramway-Ausstellung im Bahnhof Wexstraße
Fitness-Wettbewerb für Journalisten im Athletic-Center

Kultur:
(gelb).

Zum 75. Todestag von Nikolaus Dumba

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

der ''maulwurf'' im ziel

6 wien, 21.3. (rk) in der nacht von heute, freitag, auf samstag wird der ''maulwurf'' sein ziel, den weichenschacht am stephansplatz, erreichen. damit hat die schildmaschine beim bau des betriebstunnels zwischen dem rabensteig und dem stephansplatz deutlich den urspruenglichen terminkalender unterschritten. die 363 meter lange tunnelstrecke wurde in insgesamt 43 arbeitstagen gebaut. das ergibt einen tagesdurchschnitt von rund neun meter, der etwas unter den ansonst in wien erreichten durchschnittsleistungen liegt. dies hat aber seinen grund darin, dass bei dem bau dieser tunnelroehre ausserordentlich schlechte bodenverhaeltnisse zu beruecksichtigen waren. zudem musste mit der 200 tonnen schweren schildmaschine ein so enger radius ''gefahren'' werden, wie er mit einer maschine dieser art noch nie versucht worden war. ein grossteil der tunnelarbeit ist unter druckluft vor sich gegangen. eine besondere anforderung an die schildmannschaft war diesmal zudem die forderung nach extremer genauigkeit. dies deshalb, weil der platz im weichenschacht am stephansplatz sehr knapp ist, weil hier auf engstem raum drei tunnelroehren einmunden werden. (gt)

0923

k o m m u n a l :

=====

start fuer neues naturschutzgesetz

wien, 21.3. (rk) ein neues naturschutzgesetz soll die erhaltung, pflege und erweiterung der natuerlichen landschaft in wien auf ein staerkeres fundament stellen. mit den vorarbeiten soll sofort begonnen werden. dies gab umweltstadtrat peter s c h i e d e r donnerstag vormittag als neuer vorsitzender des vom landeshauptmann einberufenen naturschutzbeirates bekannt.

der beirat, dem fachleute der verschiedensten bereiche und interessengruppen angehoren, billigte einstimmig die erklarte absicht, das naturschutzgesetz aus der isolation der konservierung von bestehenden zustanden herauszufuehren und zu einem instrumentarium aktiver umwelt-, erholungs- und freizeitgestaltung zu machen.

fuer die neufassung des wiener naturschutzgesetzes ist ein zeitraum von ungefaehr drei jahren vorgesehen.

ein wichtiger tagesordnungspunkt bei dieser sitzung befasste sich mit der lobau: es wurde vereinbart, im mai eine ausserordentliche sitzung des beirates einzuberufen, die probleme an ort und stelle zu studieren und, darauf, aufbauend, konkrete empfehlungen abzugeben. (rp)

+++

L o k a l :

=====

neuregelung fuer monatskarten der verkehrsbetriebe

wien, 21.3. (rk) im zuge der bemuehungen um rationalisierung und kostensenkung bleiben die betriebseigenen vorverkaufsstellen der verkehrsbetriebe kuenftig an samstagen geschlossen. die beanspruchung an diesen tagen war sehr gering.

den fahrgaesten sollen daraus natuerlich keine nachteile entstehen. deshalb wurde eine neuregelung fuer monatskarten getroffen. wenn der monatsletzte auf einen samstag, sonntag oder feiertag faellt, wird die gueltigkeit der monatswertmarken verlaengert. das wird jeweils aus dem aufdruck erkennbar sein. ein beispiel: der 31. mai ist heuer ein samstag, die monatswertmarken fuer mai erhalten deshalb den aufdruck, dass sie bis einschliesslich 2. juni gueltig sind. (sti).

+++

u-bahn-publikumsfahrten von 13 bis 17 uhr

wien, 21.3. (rk) die bisherigen erfahrungen mit den u-bahn-publikumsfahrten haben gezeigt, dass sich das interesse auf den nachmittag konzentriert. deshalb werden die fahrten ab kommenden samstag, dem 22. maerz, jeden zweiten samstag von 13 bis 17 uhr durchgefuehrt. die abfahrt erfolgt in der station taubstummengasse - favoritenstrasse, gefahren wird zum karlsplatz und wieder zurueck. (sti)

+++

L o k a l :

=====

elterntrainingskurs abgeschlossen

1 wien, 21.3. (rk) mit einem "follow-up-abend" wurden diese woche die ersten elterntrainingskurse des jugendamtes der stadt wien abgeschlossen. in diesem von den teilnehmenden eltern und den sie betreuenden fachleuten gleichermaßen verlangten nachfolgeabend wurde das in den seit herbst 1974 abgehaltenen elterntrainingskursen erworbene wissen anhand der konkreten paedagogischen situation in der familie aufbereitet. die zeitliche distanz zum eigentlichen kursende - zwei bis drei monate - gab den eltern gelegenheit, erworbenes wissen in der eigenen paedagogischen praxis zu testen. ausserdem zeigte sich, dass die eltern das beduerfnis haben, den kontakt mit den "kurstrainern" auch ueber ihre kurszeit hinaus zu erhalten und die einmal erworbenen kenntnisse zu verstaerken.

die elterntrainingskurse werden seit herbst 1974 vom jugendamt der stadt wien unter der leitung zweier fachpsychologen durchgefuehrt. dabei werden in einem 8-wochen-kurs beide elternteile in parallelveranstaltungen am gleichen veranstaltungstag von je einem kurstrainer mit dem gleichen paedagogischen und psychologischen problemkreis vertraut gemacht. wie sich bei dem "follow-up-abend" zu den ersten dieser kurse nun gezeigt hat, hat sich in diesen gruppen auch unter den kursteilnehmern ein starkes zusammengehoeerigkeitsgefuehl entwickelt, das auch ueber die eigentliche kursdauer hinaus bestehen blieb.

der naechste anfang april beginnende elterntrainingskurs ist dank des grossen interesses der eltern bereits ausgebaut. das jugendamt der stadt wien hat sich daher entschlossen, anfang juni einen weiteren kurs zu starten. anmeldungen fuer diesen kurs werden montag bis freitag von 8 bis 15 uhr unter der telefonnummer 34 65 35, klappe 268 entgegengenommen. (may)

0911

L o k a l :

=====

brigittenau: jubilaeumsfahrt der dampftramway
tramway-ausstellung im bahnhof wexstrasse

2 wien, 21.3. (rk) kurz vor 14 uhr wird morgen samstag, anlaesslich der feierlichkeiten ''75 jahre brigittenau eine alte dampftramway auf der route wexstrasse - jaegerstrasse - wallensteinstrasse - klosterneuburger strasse - bahnhof brigittenau eine jubilaeumsfahrt unternehmen. die tram wird auf dem brigittaplatz feierlich empfangen werden, wo bezirksvorsteher hans s t r o h die jubilaeumsveranstaltungen eroeffnet. in dieser zeit wird die linie 331 ab obere donaustrasse ueber gaussplatz - klosterneuburger strasse - wexstrasse zur stromstrasse und umgekehrt fahren. von der linie 5 kann man in der haltestelle wallensteinstrasse - klosterneuburger strasse in den 331er umsteigen.

alte und neue fahrzeuge der wiener verkehrsbetriebe sind in einer ausstellung zu sehen, die morgen, samstag, im rahmen des jubilaeums ''75 jahre brigittenau'' stattfindet. sie kann von 10 bis 17 uhr im bahnhof brigittenau, 20, wexstrasse 13-15 besichtigt werden. unter dem motto ''von der dampftramway zum schaffnerlosen zug'' werden eine lokomotive der dampftramway, ein triebwagen des baujahres 1900, ein ''amerikaner'' aus der nachkriegszeit, der modernste schaffnerlose gelenktriebwagen und verschiedene andere wagen gezeigt. (sti)

0913

L o k a l :

=====

fitness-wettbewerb fuer journalisten im athletic-center

3 wien, 21.3. (rk) alle aktiven journalisten, graphiker, photographen, layouter und redaktionsangestellten wiens, koennen nun ab sofort im athletic-center auf dem mittersteig 15, ihre sportliche fitness testen. die trainingszeiten sind montag bis freitag von 8 bis 14 uhr, sonntag von 9 bis 13 uhr. die abnahme der wettbewerbsleistungen erfolgt jeden dienstag und donnerstag von 10.30 bis 14.30 uhr. sonntags von 8 bis 10 uhr. nach ablegung der leistungstests wird schliesslich jeweils der gruppenbeste ermittelt.

als regiebeitrag fuer die durchfuehrung dieses wettbewerbs, sowie fuer die trainingstage, benuetzung der bade- und saunaanlagen, wird eine nenngebuehr von 50 schilling eingehoben. (ka)
0916

k u l t u r :

=====

zum 75. todestag von nikolaus dumba

4 wien, 21.3. (rk) als nikolaus d u m b a am 23. maerz 1900 ganz unerwartet einem herzs Schlag erlag, verlor seine vaterstadt wien einen maezen, dessen taetigkeit noch heute spuerbar ist. nikolaus dumba, der am 24. juli 1930 als sohn eines in wien ansaessig gewordenen griechischen kaufmannes geboren wurde, war nicht nur eine persoenlichkeit, die am wirtschaftlichen und politischen leben oesterreichs mitbeteiligt war, sondern vor allem auch ein grosser foerderer der kuenste. er war der erste, der dem jungen hans markart einen auftrag gab, er foerderte hans canon, er bemuehte sich zusammen mit einigen gleichgesinnten, franz schuberts werke neu zu entdecken. die vom ihm gesammelten schubert-manuskripte gehoeren heute zu den kostbarsten bestaenden der musiksammlung der wiener stadtbibliothek. neben diesem wertvollen legat vermachte dumba auch einige der in seinem besitz befindlichen gemaelde dem museum der stadt wien, wichtige andere stiftungen enthielt sein testament fuer den wiener maennergessangverein und den pensionsfonds der wiener kuenstlergesellschaft. die stadt wien widmete dem grossen foerderer der kunst ein ehrenggrab auf dem wiener zentralfriedhof, mitten unter den wiener tonheroen und benannte die bis dahin ''kuenstlergasse'' bezeichnete strasse im 1. wiener gemeindebezirk in dumba-gasse. (may)

0918

Kommunal:Wiener Landtag
=====

Wien, 21.3. (RK) Heute Freitag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seiner Ersten Präsidentin Maria Hlwaka (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Novelle zum Wiener Schulzeitausführungsgesetz. Diese Novelle wurde durch die Änderung des Bundesschulzeitgesetzes notwendig. Durch sie wird die Semesterferien-Woche im Wiener Schulzeitgesetz verankert. Die Novelle wurde vom Landtag in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Im Landtag wurde auch ein Antrag der ÖVP-Fraktion auf Novellierung der Wiener Bauordnung beziehungsweise des Wiener Kleingartengesetzes eingebracht. Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet. (May)

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 21.3. (RK) Im Gemeinderat, der unter dem Vorsitz von GR. Schreiner (SPÖ) zusammentrat, lagen 3 Anfragen der FPÖ und eine Anfrage der ÖVP vor. Von der FPÖ wurden vier Anträge betreffend die Pauschalierungsvereinbarung nach dem Parkometergesetz, die Vorlage eines Kontrollamtsberichtes über die Geschäftsgebarung des Zuwandererfonds, den Kostenersatz bei der Abschleppung von Pkws sowie die Aufstellung von Altpapier-Sammelmaschinen eingebracht. Die ÖVP brachte zwei Anträge ein, betreffend ein Förderungskonzept zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke und die Entgasung der Abwässer der Kuranstalt Ober-Laa.

Anschließend erfolgte die Angelobung der neuen Gemeinderatsmitglieder Albert Holub (SPÖ) und Johann Sevcik (SPÖ). Sie übernahmen das Mandat von Gemeinderätin Stadtrat a.D. Maria Jacobi und GR. Richard Stockinger (beide SPÖ), die ihre Funktion zurückgelegt hatten. Der Vorsitzende würdigte in einer kurzen Ansprache die Tätigkeit von Maria Jacobi, die das letzte Mitglied des Wiener Gemeinderates war, das seit 1945 ununterbrochen der Stadtvertretung angehört hatte. (Smo)

Vereinsaustritt

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) referierte den Antrag, daß die Stadt Wien aus der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen austritt. Der Austritt erfolge, weil die Erwartungen, bessere Informationen über das Straßenwesen zu erhalten, sich nicht erfüllt hätten. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte dazu, daß dies kaum der wahre Grund sein könne. Vielmehr sei die Ursache für den Austritt auf politischer Ebene zu suchen - nämlich an

der Kritik der Gesellschaft an der Straßenbaupolitik der Gemeinde Wien. Deshalb sei der Austritt ungerechtfertigt und werde in der Fachwelt auf wenig Verständnis stossen. GR. Hoffmann (ÖVP) erklärte, daß sich die Einstellung der SP zum Straßenbau offensichtlich verschlechtert hat. Man sei an Forschungsergebnissen nicht mehr interessiert. Die Budgetansätze für den Wiener Straßenbau seien der Beweis. Standen 1972 noch 181 Millionen oder 0,9 Prozent des Gesamtbudgets zur Verfügung, seien in den folgenden Jahren bis 1975 die Straßenbaugelder auf 117 Millionen oder 0,5 Prozent des Budgets zurückgegangen. Im fünfjährigen Finanzplan seien für 1976 sogar nur mehr 109 Millionen oder 0,3 Prozent vorgesehen. Der Redner meinte, man säge sich den Ast ab, auf den man selbst sitzt, weil die Straße nicht nur Träger des Massenverkehrs, sondern auch eines bedeutenden Wirtschaftsverkehrs sei, der zu beträchtlichen Steuereinnahmen führe. Man habe einfach die Kritik der Gesellschaft nicht vertragen, deshalb trete man aus. Die oft zitierte Toleranz sei dabei zu vermissen.

GR. Ing. Hofstetter nahm im Schlußwort zu den Budgetziffern Stellung: Man müsse dabei in Betracht ziehen, daß im genannten Zeitraum zahlreiche Wiener Straßen in die Bundesverwaltung übernommen wurden. Beide Budgetansätze zusammen, die des Bundes und jene des Landes, zeigten eine steigende Tendenz. Der Austritt aus der Gesellschaft erfolge deshalb, weil leider keine wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erhalten gewesen wären. Die Gesellschaft habe sich als Interessensgemeinschaft der Straßenbauwirtschaft erwiesen, die daran interessiert sei, Aufträge zu erhalten. Die eigentliche Forschungsarbeit werde von der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen im Ingenieur- und Architektenverein getan, und diese Gesellschaft werde die Stadt Wien weiterhin unterstützen. Was schließlich die Kritik betreffe - gegen Kritik sei nichts zu sagen, wenn sie sachlich ist. Ist sie unsachlich, müßte man wenigstens die Möglichkeit der Richtigstellung haben. Dies sei aber nicht möglich gewesen.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Smo)

Marktstände

GR. Pelzelmayr (ÖVP) referierte eine Verwaltungsvereinfachung: Die Vergabe von Marktständen der Type B und C auf dem Großmarkt Inzersdorf soll nicht mehr an die Zustimmung des Gemeinderatsausschusses gebunden sein, sondern vom Marktamt erfolgen können. GR. Krenn (FPÖ) erklärte, daß es überall Schwierigkeiten gebe, wo das Marktamt selbständig handeln könne. Er verwies auf Meinungsverschiedenheiten über die Öffnungszeiten im Großmarkt Inzersdorf. GR. Pelzelmayr erwiderte, daß ein Markt etwas sehr Lebendiges sei, wo es eben Meinungsverschiedenheiten gebe. Die Neuregelung bedeute jedenfalls eine wesentliche Vereinfachung.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ausstellung Stadtbilderhaltung

GR. Prof. Sackmayer (SPÖ) beantragte, 568.200 S für die Gestaltung einer Ausstellung über Stadtbilderhaltung und weitere 50.000 S für die Präsentation dieser Ausstellung in der Sparkassenhalle der Zentralsparkasse. Anschließend geht die Ausstellung zur großen Europarat-Ausstellung, die anlässlich des Denkmalschutzjahres in Brügge stattfindet.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) kritisierte, daß die beantragten Summen aus den Erträgen des Kulturschillings genommen werden sollen. Er brachte den Antrag ein, die Ausstellungskosten aus den für Veröffentlichungen und Information bereitgestellten Budgetmittel zu decken.

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) warf der Mehrheit vor, statt wirklicher Altstadterhaltung eine Ankündigungspolitik zu betreiben. Bisher seien erst 16 Schutzzonen beschlossen worden, bei gleichbleibendem Tempo werde es noch vier bis fünf Jahre dauern, bis alle Schutzzonen festgelegt sind. Oberdies genüge der Schutz nicht, man müßte ihn zur Revitalisierung ausweiten. Die Rednerin kritisierte besonders das Fehlen eines Konzepts für den Spittelberg.

GR. Ascherl (SPÖ) sagte, daß die Ausstellung nach Brügge auch in Bonn, Stockholm und Rom gezeigt werden wird. Vorher aber könnten sie die Wiener besichtigen und sich davon überzeugen, was tatsächlich für die Altstadterhaltung geschieht. Ein Spittelbergkonzept gebe es seit 1969. Damals sei allerdings erst ein Teil der Häuser im Besitz der Stadt gewesen und es sei sehr schwer gewesen, weitere Häuser anzukaufen. Seit zwei Jahren werde nun das Spittelbergkonzept verwirklicht.

Abstimmung: Beide Anträge wurden von SPÖ und ÖVP genehmigt, der FPÖ-Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. (Sti)

Telefonanlage für Gemeindedienststelle

Berichterstatter GR. Deistler (SPÖ) stellte den Antrag auf Ankauf und Montage einer Telefonanlage für das Haus 8, Lange Gasse 30. Die Anlage erfordert Kosten in der Höhe von 2,34 Millionen Schilling. Der Gemeinderat hat seinerzeit beschlossen, das fünfstöckige Gebäude für Amtszwecke zu mieten. Eine Anfrage von GR. Krenn (FPÖ), wie hoch die Vermittlungsprovision bei Abwicklung des Mietvertrages gewesen sei und welche Dienststellen der Gemeinde Wien in das Gebäude Einzug halten werden, wurde zur Beantwortung dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Anschüttung der Löwy-Grube

Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) ersuchte in einem Antrag um nachträgliche Bewilligung der Anschüttungen auf den Liegenschaften in Favoriten, Löwy-Grube, die im Rahmen einer Anlage für Erholungszwecke vorgenommen wurden. Die Schüttungen seien, aus einem Versehen, vor Vorlage der Baugenehmigung vorgenommen worden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, seine Fraktion stehe nach wie vor zu dem Beschluß über die Anlage des Erholungsgebietes (mit Aussichtsberg und Teich), lehne jedoch das Vorgehen der Gemeinde - Vornahme der Erdbewegungen ohne Baubewilligung - ab.

Auch GR. Arthold (ÖVP) erklärte, seine Fraktion könne dem Vorgehen der Stadt Wien keine Zustimmung geben. Gesetze und Verordnungen seien dazu da, eingehalten zu werden. Die Gemeinde müßte da mit gutem Beispiel vorangehen. Es sei nicht das erste Mal, daß in solchen Fällen um nachträgliche Genehmigung durch den

Gemeinderat ersucht werde. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (AM)

Sonderheilanstalt in Ober-Laa

Eine von GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragte Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes östlich des Kurzentrums Ober-Laa, die die Zustimmung aller drei im Rathaus vertretenen Parteien fand, schafft nun die Voraussetzungen für die Schaffung einer Sonderheilanstalt für Rheumakranke der Pensionsversicherungsanstalt für Arbeiter und eines Verwaltungsgebäudes der Austrian Airlines.

GR. Windhab (SPÖ) bezeichnete diese Widmungsänderung als Grundlage eines sehr positiven Beitrages für das Wiener Gesundheitswesen. Die Rheumakrankheit sei in Österreich weit verbreitet. Jährlich würden rund 200.000 Krankenstände wegen dieses Leidens registriert. 3,6 Millionen Krankentage seien nicht nur ein großer Verlust für die Wirtschaft, sondern brächten auch großes menschliches Leid für die Betroffenen. Die Sonderheilanstalt werde den modernsten medizinischen Erkenntnissen entsprechen. Durch die Schaffung dieser Anstalt würden in den Spitälern Betten für Akutfälle frei.

Eine von ÖVP-Gemeinderat Dr. Strunz vor einiger Zeit abgegebene Erklärung, Wien halte den Weltrekord an Lungenkrebstoten, sei unrichtig und habe der Stadt und ihren Bewohnern einen schlechten Dienst erwiesen. Windhab warf Strunz vor, bei den Mortalitätsziffern die Altersstruktur unberücksichtigt gelassen zu haben. Wenn man die Statistik standardisiere und das Alter berücksichtige, komme man zu ganz anderen Ergebnissen.

Diese Richtigstellung sei notwendig gewesen, weil es in Wien viele Menschen gäbe, die an überaus großer Krebsfurcht leiden und diesen Menschen die Unruhe genommen werden müsse. (RP)

Wirtschaftspolitische Debatte

Als Berichterstatter beantragte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) die Zustimmung zu einer Kreditaktion, mit der Lebensmitteleinzelhandelsbetrieben geholfen werden soll. Für diese Kreditaktion werden 15 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

GR. Krenn (FPÖ) betonte, daß seine Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben werde, obwohl es sich hier offensichtlich um ein sehr durchsichtiges Manöver der SPÖ angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Handelskammer und zum Nationalrat handle.

GR. Sallaberger (SPÖ) wies diese Behauptung seines Vorredners zurück und betonte, daß diese Aktion allein auf Grund der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und in einem Zeitpunkt, wo noch geholfen werden könne, gestartet werde. Der Redner betonte, daß der Rückgang der Einzellebensmittelhandelsgeschäfte seit 1960 in Wien um mehr als 47 Prozent vor allem auf das geänderte Kaufverhalten der Bevölkerung zurückzuführen sei. Es sei aber bemerkenswert, daß - wenn man sich die Argumentation der ÖVP zu eigen machen wolle, die Regierung sei an allem schuld - dieser Rückgang während der Jahre der ÖVP-Alleinregierung 1966 bis 1970 wesentlich stärker gewesen sei als in den Jahren 1970 bis 1973. In Wien wolle man mit dieser Kreditaktion nicht nur die bedrohliche wirtschaftliche Situation vieler Einzellebensmittelhändler verbessern, sondern auch den Mitbürgern die Beibehaltung ihres gewohnten Kaufverhaltens ermöglichen. Wie günstig die Konditionen der Kreditaktion seien, beweise ein **Vergleich** mit Niederösterreich.

Diese Aktion ist die 14. Kreditaktion, mit der die Stadt Wien Handels- und Gewerbetreibende unterstützt. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang die Existenzgründungsaktion der Stadt Wien, die Erneuerungskreditaktion und die Kreditaktionen im Rahmen der Getränkesteuer. Allein im Rahmen dieser drei Aktionen seien von der Stadt Wien 1,2 Milliarden Schilling an Krediten ermöglicht worden, von denen 150 Millionen noch dazu rückzahlungsfrei seien.

Auf die Aktivitäten der sozialistischen Regierung zur Förderung des Kleinhandels eingehend, betonte GR. Sallaberger, daß erst Handelsminister Staribacher mit der neuen Gewerbeordnung dem kleinen Handel- und Gewerbetreibenden neue Nebenrechte ermöglicht habe. Finanzminister Androsch wiederum habe durch die dreimalige Novellierung der Lohn- und Einkommensteuer im Interesse der Wirtschaft beträchtliche Summen dem privaten Konsum zugeführt, während etwa durch den Koron-Plan der vorangegangenen ÖVP-Alleinregierung mehr als fünf Milliarden S durch Steuererhöhungen der Bevölkerung und damit auch der Wirtschaft entzogen worden seien. Auch die von ÖVP-Sprechern immer wieder kritisierten Großbauvorhaben, wie etwa die UNO-City, sorgten für eine gute Auftragslage in der österreichischen Wirtschaft.

Die Bemerkungen GR. Sallabergers zu diesen Aktivitäten der Bundesregierung führten zu Zwischenrufen der ÖVP-Fraktion und schließlich zur Aufforderung durch die Vorsitzende, der Redner möge allmählich zur Tagesordnung zurückkehren.

Als nächster Redner kritisierte Stadtrat Neusser (ÖVP), daß die Vorsitzende (GR. Maria Szöllösi) viel zu spät eingegriffen habe. Was die in Auftrag gegebene Studie über die Nahversorgung der innerstädtischen Bezirke auf dem Lebensmittelsektor betreffe, so sei eine solche Studie von der ÖVP schon seit Jahren verlangt worden. Die SPÖ-Mehrheit des Gemeinderates betreibe aber eine Politik, die zuerst durch Flächenwidmungen die vorhandene Struktur zerstöre, um sie dann mühevoll wieder herstellen zu lassen.

Was den Vergleich der Wirtschaftspolitik der ÖVP beziehungsweise SPÖ-Alleinregierung anbetreffe, erinnerte Stadtrat Neusser daran, daß der SPÖ-Opposition 1968/69 eine Inflationsrate von drei Prozent bedrohlich erschienen sei, während man heute bei einer Inflationsrate von zehn Prozent halte. Was den Entzug von Geldern durch die Finanzpolitik eines Finanzministers betreffe, sei die noch immer nicht erfolgte Auszahlung der Länderanteile aus dem Finanzausgleichsgesetz in der Höhe von mehr als einer Milliarde S ein eklatantes Beispiel dafür.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) wies als nächster Redner darauf hin, als der ÖVP-Handelsminister Mitterer eine Zusatzsteuer für Großbetriebe gefordert habe, der Konsumverein zu den heftigsten Gegnern gehört habe. Er stellte weiter an GR. Sallaberger die Frage, warum er bei so viel angeblichem Engagement für den Kleinhandel nicht die in seinem Bezirk massiv laufende Werbekampagne für den Großmarkt Vösendorf stoppe. Der Redner bezweifelte weiter die Effizienz der Kreditaktion bei der geringen Verdienstspanne des Wiener Lebensmittelkleinhandels und betonte, daß die freie Wahl des Kreditinstituts, wie sie das niederösterreichische Modell vorsehe, ihm günstiger erscheine. Bezugnehmend auf internationale Erfahrungen betonte Ebert, daß man in anderen Städten nicht nur längst Überlegungen und auch Maßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit des Lebensmitteleinzelhandels angestellt habe, sondern daß man heute dort bereits grundsätzliche Überlegungen über die Verhinderung von großräumigen Oberkaufangeboten anstelle. In Wien hingegen biete man immer neue Theorien und Hilfen an, ohne aber die grundsätzlichen Planungsfehler zu revidieren.

In seinem Schlußwort betonte GR. Hofstetter, daß der Zinssatz für den Kreditwerber in Wien tatsächlich nicht viel mehr als fünf Prozent betragen wird, weil die Manipulationsgebühren durch die Bearbeitung von einer einzigen zentralen Stelle aus wesentlich niedriger gehalten werden könnten, als bei der Bearbeitung durch verschiedene Kreditinstitute.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (May)

U-Bahn-Bau

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) referierte den Antrag, den Bau des IV. Bauabschnittes der U 1 zwischen Rotensterngasse und Wolfgang Schmälzel-Gasse mit einem Gesamterfordernis von 1.046.000.000 S zu genehmigen. Für heuer soll ein Teilbetrag von 130 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

GR. Dr. Macher (ÖVP) kritisierte, daß bei einer jährlichen Baurate von 130 Millionen mit der Fertigstellung des Grundnetzes nicht 1980 zu rechnen sei, wie in letzter Zeit immer wieder behauptet werde. Der Zuschuß durch den Bund sei bereits auf 21 Prozent abgesunken. Bereits vor einem Jahr habe die ÖVP kritisiert, daß der Bürgermeister mit zu wenig Nachdruck eine Erhöhung des Zuschusses verlange. Es sei jedenfalls in den nächsten Jahren eine Finanzierungsenge zu befürchten. Der Redner behauptete auch, daß bei der Planung starke Unsicherheit bestehe. Nur so sei es zu verstehen, daß über Verlängerungen der U-Bahn nach Kagran und Ober-Laa und der Verbindung von der Gürtel-Stadtbahn zur Philadelphiabrücke noch keine Entscheidungen gefallen seien.

GR. Bedner (SPÖ) hielt dieser Kritik entgegen, es sei von vornherein jedem klar gewesen, daß man eine U-Bahn nicht fix und fertig planen könne. In allen Städten der Welt habe man die Erkenntnis gewonnen, daß nur ein permanenter Planungsprozeß möglich sei. Was das jetzt beschlossene Teilstück betreffe, werde man jedenfalls heuer spätestens im August beginnen. Bei den Verhandlungen mit den Bundesbahnen seien jedoch noch Schwierigkeiten über die Inanspruchnahme des Nordbahngeländes zu überwinden. Von den Planern sei jedenfalls zu erwarten, daß sie schon jetzt ein künftiges Park-and-Ride-System im Bereich Praterstern vorbereiten. Eine Aufstockung des Bundeszuschusses werde sicher möglich sein, weil Wien mit der Errichtung der U-Bahn ein Regionalprogramm für drei Bundesländer, nämlich für Wien, Niederösterreich und das Burgenland erfülle.

Im Schlußwort ging GR. Ing. Nedwed nochmals auf die Bautermine ein: Es werde sicher möglich sein, 1978 die erste Teilstrecke der U 1 zwischen Reumannplatz und Karlsplatz in Betrieb zu nehmen. Und die Fertigstellung des Grundnetzes mit U 1, U2 und U 4 wird aller Wahrscheinlichkeit nach 1980 erfolgen. Wenn die ursprünglich geschätzten Kosten heute nicht mehr stimmen, seien dafür nicht nur die Baupreis- und Lohnkostenerhöhungen maßgeblich, sondern auch Ausweitungen in der Planung und des Baugeschehens, die zum Teil einer größeren Sicherheit dienen werden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (smo)

U-Bahn Karlsplatz - Ober-St. Veit

GR. Hatzl (SPÖ) beantragte 656,2 Millionen Schilling für den Umbau der Stadtbahn zwischen Karlsplatz und Ober-St. Veit zur U-Bahn. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verwies auf die notwendige Koordinierung mit dem Ausbau der S-Bahn auf den ÖBB-Strecken im Wiener Raum. Er brachte den Antrag ein, in der Station Unter-St. Veit attraktive Umsteigemöglichkeiten zu künftigen S-Bahn-Strecken auf der Verbindungsbahn und der Vorortelinie vorzusehen. GR. Hatzl erklärte, daß sich die Gemeinderätliche Planungskommission schon bald mit diesen Fragen, die den kommenden Verkehrsverbund betreffen, befassen werde.

Abstimmung: Der Umbau der Stadtbahn wurde einstimmig beschlossen, der FPÖ-Antrag einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Schafberg-Restaurant

Eine Erhöhung des Sachkredites für den Bau des Schafberg-Restaurants um 5,16 auf 13,16 Millionen Schilling beantragte GR. Lustig (SPÖ). Die Mehrkosten ergeben sich aus Lohn- und Preiserhöhungen, Investitionssteuer und zusätzlichen Arbeiten für den ursprünglich nicht geplanten ganzjährigen Betrieb.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) erinnerte daran, daß die Baukosten für das Schafbergbad von 39 auf 139 Millionen Schilling gestiegen sind und bis zum voraussichtlichen Bauende 1976 noch weiter steigen dürften. Das gleiche spiele sich nun beim Restaurant ab, das ursprünglich mit 5,5 Millionen Schilling beschlossen worden sei und nun schon mehr als 13 Millionen koste. Es sei höchste Zeit, hier auf Ordnung zu schauen.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) erklärte, daß hier mit Steuergeldern leichtfertig umgegangen werde. Bodenuntersuchungen und Planungen seien schlampig gewesen. Die Meinungen über das Bad seien geteilt, es wäre vielleicht besser gewesen, die Landschaft mehr einzubeziehen. Das Restaurant werde, von wenigen Sommerwochenenden abgesehen, nicht genügend frequentiert sein, es sei überdimensioniert.

GR. Schreiner (SPÖ) erwiderte, daß dieses Gebiet auch außerhalb der Badesaison von Fußgängern stark frequentiert werde, im Winter auch von Ski- und noch mehr von Rodelfahrern. Früher habe es hier zwei sehr gut besuchte Restaurants gegeben. Man habe anfangs gehofft, daß sich ein privater Interessent für den Bau des Restaurants finden werde. Die Privatinitiative habe sich aber wieder einmal nicht bewährt. So habe man zuerst einen einfachen Bau mit Mindestkücheneinrichtung vorgesehen, sich aber dann zu einem vollwertigen Restaurant entschlossen. Das Kontrollamt habe die nun beantragten Mehrkosten genau geprüft und für richtig befunden. Das Bad selbst sei von der Bevölkerung mit großer Zustimmung aufgenommen worden und bereits im vergangenen Sommer, trotz mancher Provisorien, das bestausgenützte Wiener Sommerbad gewesen.

Abstimmung: Von der SPÖ beschlossen. (sti)

Kommunale

(rosa)

(Ende des Sitzungsberichtes.)

Local

(orange)

Zeit von Dienstag 12.00/22/71 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 12.30 Uhr, Sa. 10 bis 12 Uhr, So.
 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband